

Aufgrund der eingeschränkten Tätigkeit der EU-Institutionen in der kommenden Woche erscheint das nächste EU-Panorama am 21. April 2017.

Wir wünschen frohe Ostern!

Thema der Woche

Eine handlungsfähige und starke EU-Handelspolitik nützt Österreich

In Kürze

Plenum verabschiedet Kompromiss zu Großhandels-Roamingtarifen
Neue Aktionärsrechterichtlinie vom Rat endgültig verabschiedet
Plenum nimmt Texte zu Geldmarktfonds und Prospekten an

Neues aus der Kommission

Vorbedingungen in EU-Kohäsionspolitik: Einführung zeigt Wirkung
Konsultation zu Projekten von gemeinsamem Interesse im Energiebereich („PCI“) ergänzt

Neues aus dem Europäischen Parlament

Neue Vorschriften für Medizinprodukte von Rat und Parlament angenommen
Abgeordnete stimmen über neue Regelungen zur Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen ab

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Verhältnis zwischen Gemeinsamer Agrarpolitik und Wettbewerbsregel wird geklärt

Neues aus anderen Bereichen

Europäischer Rechnungshof: Jugendgarantie wird Erwartungen nicht gerecht

Statistik der Woche

Weiter weniger Arbeitlose – auch in Österreich Trendwende erreicht

Jobs+Jobs+Jobs

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Training Officer
EUROJUST sucht ICT Support Officer

Veranstaltungen

Kreativwirtschaft Austria lädt am 25. April in Brüssel ein

EU-Agenda

EU-Kommission: 2208. Sitzung am 12. April 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Eine handlungsfähige und starke EU-Handelspolitik nützt Österreich

Damit Unternehmen von den Vorteilen des Welthandels profitieren können, sind klare Regeln für den freien Handel notwendig. Die Handelspolitik der EU ist das Instrument, um die internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der EU beziehungsweise der Mitgliedstaaten zu Drittstaaten stetig zu verbessern, die Märkte zu öffnen und Handelsbarrieren sowie Bürokratie Schritt für Schritt abzubauen.

Ambitionierte Handelsabkommen schaffen günstige Rahmenbedingungen und sind zum Erhalt und Ausbau des Wirtschaftswachstums und somit für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand unabdingbar. Gerade durch ambitionierte Handelsabkommen kann die EU die Globalisierung im Sinne europäischer Werte und Standards aktiv mitgestalten und ihrer Rolle als globaler Akteur gerecht werden. Dies unterstrich die Kommission auch in ihrer Handels- und Investitionsstrategie vom 14. Oktober 2015 „Handel für alle: Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“. Eine entscheidende Änderung der bisherigen Handelspolitik soll es vor allem auch im Bereich Investitionen geben. Der Investitionsschutz soll modernisiert und ein multilateraler Investitionsgerichtshof mit ständigen, unabhängigen Richtern eingerichtet werden. Bis zum 15. März lief dazu auch eine öffentliche Konsultation, an der sich die WKÖ beteiligt hat. Um zur Versachlichung der öffentlichen Debatte weiter beizutragen, sollten der konkreten Umsetzung und Anwendung der Handelsabkommen noch größere Bedeutung zukommen, um Unternehmen zu zeigen, wie diese die Vorteile solcher Abkommen optimal nutzen können.

Als kleines, exportorientiertes Land und offene Volkswirtschaft profitiert Österreich überdurchschnittlich von Freihandel. Während die österreichischen Exporte vor über 20 Jahren (zum Zeitpunkt des EU-Beitritts 1995) noch bei ca. 37 Milliarden Euro lagen, stiegen sie bis 2015 auf insgesamt 131,6 Milliarden Euro an. Die Dienstleistungsexporte beliefen sich mit knapp 53 Milliarden Euro 2015 auf etwa 30 Prozent der Gesamtexporte. Die österreichischen Exporte nahmen seit 2000 bis 2015 weltweit insgesamt um rund 89 Prozent zu. Österreich weist eine Exportquote von 54 Prozent des BIP auf, was bedeutet, dass Österreich beinahe sechs von zehn Euro durch den Export erwirtschaftet. Eine Milliarde Euro an Exporten sichern somit über 6.000 Jobs und jeder zweite Job ist direkt oder indirekt vom Export abhängig.

Deshalb tritt die WKÖ dafür ein, dass das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) bald in Kraft tritt und jene mit Japan und Singapur rasch abgeschlossen werden. Die bereits bestehenden Abkommen mit Mexiko und Chile sollen modernisiert werden. Dazu haben die EU und Mexiko beispielsweise am 1. Februar 2017 einen beschleunigten Verhandlungszeitplan mit zwei weiteren Verhandlungsrunden vor dem Sommer (3.-7. April und 26.-29. Juni) bekanntgegeben. Im Rahmen des ASEAN-EU-Wirtschaftsgipfels haben die EU und die ASEAN-Staaten am 10. März in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bereitschaft zum Ausbau von Handelsbeziehungen zwischen den beiden Regionen bekräftigt. Vom 20. bis 24. März 2017 fand in Buenos Aires die 27. Verhandlungsrunde für ein EU-Freihandelsabkommen mit MERCOSUR statt. Dabei wurden einige Fortschritte erzielt und beide Seiten haben bekräftigt, die Verhandlungen zügig voranzutreiben. Die nächste Verhandlungsrunde wird im Juli 2017 in Brüssel stattfinden. Des Weiteren wurde die Aufnahme von Verhandlungen über Handelsabkommen insbesondere mit Australien und Neuseeland sowie die Modernisierung der Zollunion mit der Türkei angekündigt. Diese Schritte werden sehr begrüßt.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Plenum verabschiedet Kompromiss zu Großhandels-Roamingtarifen

Als letzten Schritt zum **Ende der Roamingentgelte mit 15. Juni 2017** hat das Europäische **Parlament** am Donnerstag den mit Rat und **Kommission** ausverhandelten Kompromiss zur **Regulierung der Großhandels-Roamingtarife verabschiedet**. Das sind die Tarife, die sich die Provider gegenseitig berechnen, wenn ihre Kunden beim **Roaming** andere Netze nutzen. Für **Sprachanrufe** wird die Obergrenze von fünf auf 3,2 Cent reduziert. Das **Limit für SMS** sinkt von derzeit zwei auf einen Cent pro Mitteilung. Für **Datenroaming** dürfen die Provider in der EU maximal 7,70 Euro pro Gigabyte verrechnen. Diese Obergrenze wird am 1. Jänner 2018 auf sechs Euro sinken, weiter auf 4,50 Euro im Jahr 2019, 3,50 Euro 2020, drei Euro 2021 und auf 2,50 Euro im Jahr 2022.

Neue Aktionärsrechterichtlinie vom Rat endgültig verabschiedet

Der Rat der EU hat am Montag den mit Parlament und Kommission in den vergangenen Jahren ausgearbeiteten **Kompromiss zur neuen Aktionärsrechterichtlinie endgültig verabschiedet**. Ab Inkrafttreten müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie binnen 24 Monaten umsetzen. Ziel dieser Überarbeitung war es, Investitionen stärker auf langfristige Ziele auszurichten und mehr Transparenz für börsennotierte Unternehmen und Investoren zu gewährleisten. Aktionäre sollen stärker eingebunden werden und **bei der Vergütungspolitik mitreden** können. Die Unternehmen sollen auch die Möglichkeit haben, die Identität ihrer Anteilseigner leichter herauszufinden. Das Thema **Public Country-by-Country-Reporting** (länderspezifische Berichterstattung zu steuerrelevanten Informationen), das die Verhandlungen lange verzögert hatte, wurde nun aus der neuen Richtlinie gestrichen, da aktuell ein spezifischer Vorschlag zum Thema verhandelt wird.

Plenum nimmt Texte zu Geldmarktfonds und Prospekten an

Das Europäische Parlament hat am 5. April die Texte der Verordnung zur Regulierung von **Geldmarktfonds** sowie zur **Prospektverordnung** angenommen. Die Geldmarktfondsverordnung wird dafür sorgen, dass Geldmarktfonds auch in Krisenzeiten ausreichend sicher und stabil sind. Durch die Prospektverordnung sollen Kapitalbeschaffungs- und Crowdfunding-Projekte bis zu einer Million Euro überhaupt keinen Prospekt erstellen müssen, der EU-Prospekt erst ab einer Höhe von acht Millionen Euro verpflichtend und Prospekte in Papierform nicht mehr erforderlich sein. Zudem soll eine kostenfreie europäische Online-Datenbank für Prospekte eingerichtet werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorbedingungen in EU-Kohäsionspolitik: Einführung zeigt Wirkung

Laut einer vergangene Woche von der **Kommission** publizierten **Erstbewertung der Vorbedingungen der EU-Kohäsionspolitik** bringen diese die **Mitgliedstaaten und Regionen zu Reformen, die ansonsten erst später oder vielleicht gar nicht stattgefunden hätten**. Darüber hinaus hätten sie den institutionellen Aufbau gestärkt und dazu beigetragen, dass für die Vergabe öffentlicher Aufträge transparente Verfahren eingeführt wurden. Wo die Vorbedingungen speziell die **Stärkung und Reform der Verwaltungen** zum Gegenstand gehabt haben, hätte schon allein das Verfahren zu ihrer Erfüllung zu einer besseren Koordinierung und Kommunikation zwischen Ministerien, Agenturen, regionalen und lokalen Behörden sowie anderen Interessenträgern geführt, schlussfolgert das Dokument.

Die Vorbedingungen (sog. ex-ante Konditionalitäten) sind von den Mitgliedstaaten zu erfüllen, um Mittel aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu erhalten. Ihre **Einführung war eines der zentralen Elemente der Reform der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020**. Die Vorbedingungen für erfolgreiche Investitionen decken eine Vielzahl an Bereichen ab, darunter Energieeffizienz, Innovation, Pläne für den digitalen Sektor und Bildungsreformen. Sie wurden in die neugestaltete Kohäsionspolitik aufgenommen, um sicherzustellen, dass die Mittel solide und effektiv eingesetzt werden.

Schließlich wird im Bericht **auch noch Spielraum für Verbesserungen aufgezeigt**: Sollten die Vorbedingungen konkreter auf die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten und Regionen zugeschnitten werden? Wie können wir sicherstellen, dass sie während des gesamten Finanzierungszeitraums eingehalten werden? Dies seien wesentliche Aspekte, die in die Diskussion darüber, wie die Kohäsionspolitik nach 2020 aussehen soll, einfließen sollen.

Aus Sicht der **WKÖ** ist im Hinblick auf die Kohäsionspolitik nach 2020 insbesondere eine **laufende Entbürokratisierung und Vereinfachung der EU-Regionalförderungen** ein wichtiges Thema.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Konsultation zu Projekten von gemeinsamem Interesse im Energiebereich („PCI“) ergänzt

Transeuropäische Energieinfrastruktur-Projekte, die als „Projects of Common Interest (PCI)“ eingestuft werden, können einerseits davon profitieren, dass für sie ein beschleunigtes Planungs- und Genehmigungsverfahren gilt. Zum anderen ist diesen Projekten der Zugang zu Fördergeldern aus der „Connecting Europe Facility (CEF)“ möglich. Bereits Ende März hat die Europäische Kommission eine Konsultation gestartet, um Informationen der Stakeholder zu einzelnen Vorschlägen für PCI im Energiebereich einzuholen.

Die zu bewertenden Vorschläge wurden nun um **Projekte aus den Sektoren Öl und Smart Grids erweitert**. Unternehmen, Verbände und weitere Stakeholder können **online** bis 26. Juni 2017 ihre Einschätzung zu einzelnen Projekten einbringen. Auf der ergänzenden Liste der zu bewertenden Vorhaben finden sich auch

Projekte mit **österreichischer Beteiligung**, z.B. die Bratislava-Schwechat-Pipeline sowie die ALPGRID (Advanced Linked Platform to enhance GRID performance).

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Europäischen Parlament

Neue Vorschriften für Medizinprodukte von Rat und Parlament angenommen

Das Europäische Parlament hat diesen Mittwoch die neuen, bereits ausverhandelten **EU-Vorschriften** zu Medizinprodukten – von Heftpflastern bis künstlichen Hüften – angenommen. Die neuen Vorschriften sollen **dem Wohle des Patienten zu Gute kommen und gleichzeitig einen raschen Zugang zu innovativen Lösungen im Bereich der Gesundheitsversorgung gewährleisten**. Zusätzlich soll dabei jüngsten technischen Entwicklungen Rechnung getragen werden. Allerdings sind dabei nun auch Produkte erfasst, die keinen spezifisch medizinischen Zweck erfüllen, wie beispielsweise farbige Kontaktlinsen. Auch die Erfahrungen mit Metall-auf-Metall-Hüftprothesen und mangelhaften Silikonbrustimplantaten wurden bei der Ausarbeitung der neuen Vorschriften berücksichtigt; lebenswichtige Implantate müssen künftig systematisch von Medizinexperten geprüft werden. Zudem werde mit den neuen Maßnahmen **Marktüberwachung** und **Rückverfolgbarkeit** verbessert.

Konkret enthalten sind **Vorschriften, die unangemeldete Kontrollen bei Herstellern, zusätzliche Sicherheitsüberprüfungsverfahren für Medizinprodukte mit hohem Risiko, strengere Kontrollen der sogenannten „benannten Stellen“ oder klinische Nachweise der Sicherheit des Medizinprodukts durch den Hersteller** vorsehen. Die neuen Vorschriften für Medizinprodukte werden drei Jahre nach ihrer Veröffentlichung zur Anwendung kommen, die für In-vitro-Diagnostika fünf Jahre danach.

Die Auswirkungen der neuen Verordnungen werden in Österreich vor allem KMU zu spüren bekommen, da mit gestiegenen regulatorischen Anforderungen zusätzliche Ressourcen eingeplant werden müssen und so steigende Kosten zu erwarten sind.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Abgeordnete stimmen über neue Regelungen zur Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen ab

Das Europäische Parlament hat diese Woche in Straßburg seine **Position** zur Überarbeitung der Vorschriften zur KFZ-Zulassung gefasst. Zum einen wird darin die **Beaufsichtigung der Arbeit von Prüfdiensten und nationalen Behörden, welche Fahrzeuge zum Verkauf zulassen, geregelt**. Zum anderen geht es um die **Überwachung** von Fahrzeugen, die sich schon auf der Straße befinden.

Die Kommission soll nach Auffassung der Abgeordneten ein unabhängiges **Aufsichtsrecht** erhalten. Die Kommission soll in einigen Fällen berechtigt werden, Autos auch selbst zu testen. Nach den neuen Vorschriften sollen die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, jedes Jahr mindestens 20 Prozent der Fahrzeuge zu testen, die im vorangegangenen Jahr verkauft wurden. Die von mehreren Seiten zusätzlich geforderte **eigene europäische Agentur zur Marktüberwachung von Fahrzeugen** fand keine Mehrheit unter den Abgeordneten.

Mit knapper Mehrheit wurde der Aufforderung an die Kommission zugestimmt, die sogenannten **Konformitätsfaktoren**, welche im Bereich der Emissionsmessung für den Übergang von Labortests zu Tests unter realen Fahrbedingungen relevant sind, bis zum Jahr 2021 auf 1 zu senken. Gemäß dieser Auffassung müssen also die Realemissionen der Fahrzeuge bereits 2021 den für das Labor konzipierten Grenzwerten entsprechen. Im einschlägigen Komitologieverfahren wurde für die Senkung der Konformitätsfaktoren auf 1 noch bis 2023 Zeit gegeben.

Die Industrie unterstützt grundsätzlich Transparenz und klare Strukturen. Es muss jedenfalls darauf geachtet werden, dass die neuen Ansätze handhabbar und verhältnismäßig sind, sodass der zusätzliche Aufwand und der entstehende Nutzen in einem gesunden Verhältnis stehen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Gerichtshof der EU

Verhältnis zwischen Gemeinsamer Agrarpolitik und Wettbewerbsregel wird geklärt

Mit **Bescheid** vom 6. März 2012 stellte die französische Wettbewerbsbehörde fest, dass Erzeugerorganisationen (EO), Vereinigungen von Erzeugerorganisationen (VEO), sowie verschiedene Verbände und Gesellschaften im **Bereich der Erzeugung und Vermarktung von Chicorée gegen das unionsrechtliche Kartellverbot verstoßen hätten**, indem sie seit 1998 u.a. Preise und Verkaufsmengen abgesprochen sowie strategische Informationen ausgetauscht hätte. Die mit diesem Bescheid verhängte Geldbuße von vier Millionen Euro wurde vor französischen Gerichten mit der Begründung **angefochten**, dass die Sicherstellung einer nachfragegerechten Erzeugung und die Regulierung von Erzeugerpreisen zu den im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation übertragenen Aufgaben gehören und somit vom unionsrechtlichen Kartellverbot ausgenommen wären.

In den **Schlussanträgen** in der Rechtssache C-671/15 bestätigt Generalanwalt Wahl zunächst, dass die EO und VEO u.a. die **allgemeine Aufgabe** hätten, eine nachfragegerechte Erzeugung sicherzustellen, die Produktionskosten zu drosseln und die Erzeugerpreise zu regulieren. Ihnen komme daher bei der Zentralisierung der Vermarktung der Erzeugnisse ihrer Mitglieder eine **Schlüsselrolle** zu. Es liege in ihrem Wesen, dass bei ihnen kollektive Abstimmung stattfinde. **Die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik hätten nach dem AEU-Vertrag Vorrang vor den Zielen des Wettbewerbs**. Deshalb unterlägen bestimmte, für die Erfüllung ihrer Aufgaben unbedingt erforderliche Maßnahmen der EO und VEO nicht dem Wettbewerbsrecht.

Zu den Absprachen über den **Preis** für Chicorée stellt der Generalanwalt fest, dass die Festsetzung eines Mindestpreises unter Erzeugern unter das unionsrechtliche Kartellverbot falle, unabhängig davon, ob sie zwischen verschiedenen EO/VEO oder innerhalb ein und derselben EO/VEO erfolge. Zu den Absprachen über

die auf den Markt gebrachten **Mengen** stellt der Generalanwalt fest, dass Absprachen zwischen mehreren EO und VEO, die auf die Begrenzung und generelle Kontrolle der auf den Markt gebrachten Mengen auf der Ebene des gesamten Chicoréemarkts und damit auf die langfristige Begrenzung der Erzeugung abzielten (wie offenbar im vorliegenden Fall), dem Wettbewerbsrecht unterlägen. Ein **Austausch von strategischen Informationen**, bei dem unter EO, VEO und anderen Wettbewerbern Preise mitgeteilt würden (wie offenbar im vorliegenden Fall), lasse sich nicht den EO/VEO übertragenen Aufgaben zuordnen und falle daher unter das Kartellverbot.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Europäischer Rechnungshof: Jugendgarantie wird Erwartungen nicht gerecht

Einem diese Woche veröffentlichten **Bericht des Europäischen Rechnungshofes** zufolge hat die **Jugendgarantie der Europäischen Union nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht**. Die Jugendgarantie soll junge Menschen ohne Arbeitsplatz und ohne schulische oder berufliche Ausbildung unterstützen, indem diese innerhalb von vier Monaten die Möglichkeit zur Wahrnehmung eines entsprechenden Angebots erhalten. Die für den Bericht **analysierten Mitgliedstaaten** Irland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal und die Slowakei hätten laut Prüfern bei der Umsetzung der Jugendgarantie **zwar einige Fortschritte erzielt**. **Keiner dieser Mitgliedstaaten hätte jedoch dafür gesorgt, dass alle jungen Menschen wie vorgesehen die Möglichkeit zur Wahrnehmung eines solchen Angebots erhalten**.

Auch die in diesem Zusammenhang zusätzlich geschaffene **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen** in Höhe von 6,4 Milliarden Euro mit dem Ziel, die Unterstützung für Regionen und Personen aufzustocken, deren Lage am schwierigsten ist, **wurde untersucht**. Deren **Prüfung ergab, dass die Bewertung der Zielgruppe dieser Initiative unzureichend gewesen sei**. Außerdem hätte das Risiko bestanden, dass die EU-Mittel einfach an die Stelle nationaler Fördermittel getreten wären, ohne einen Mehrwert zu erbringen.

Die **WKÖ teilt die Ansicht des Rechnungshofes, wonach mit den Programmen zur Unterstützung junger Menschen keine Erwartungen geweckt werden sollten, die nicht erfüllt werden können**. Ein wichtiger Einflussfaktor sei nämlich nach Einschätzung der Prüfer der Umstand, dass es allein mit den verfügbaren Ressourcen aus dem EU-Haushalt nicht möglich sei, alle betroffenen jungen Menschen zu erreichen. Vielmehr solle dafür gesorgt werden, dass die Erwartungen durch die Festlegung realistischer und umsetzbarer Ziele und Vorgaben gesteuert werden.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Weiter weniger Arbeitlose – auch in Österreich Trendwende erreicht

Im Euroraum lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote laut **Eurostat** im Februar 2017 bei 9,5 Prozent. Damit verzeichnete sie einen Rückgang gegenüber 9,6 Prozent im Januar 2017 sowie gegenüber 10,3 Prozent im Februar 2016. Das ist die **niedrigste Quote**, die seit Mai 2009 im Euroraum verzeichnet wurde. In der EU28 lag die Arbeitslosenquote im Februar 2017 bei 8,0 Prozent, und damit unter 8,1 Prozent im Januar 2017 sowie 8,9 Prozent im Februar 2016. Auch das der niedrigste Wert seit Januar 2009.

Mit einem Minus von 7.896 Personen, die Ende März arbeitslos waren oder sich in Schulungsmaßnahmen befanden, und einem Rückgang der Arbeitslosenquote (nach nationaler Berechnung) um 0,4 Prozentpunkte ist die **lang erhoffte Trendwende am österreichischen Arbeitsmarkt eingeleitet**. „Damit aus den positiven Signalen ein **nachhaltiger Aufschwung am Arbeitsmarkt** entsteht, brauchen wir **zusätzliche Anreize für Betriebe**. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für eine weitere Lohnnebenkostensenkung. Nur so können unsere österreichischen Betriebe im internationalen Wettbewerb auf Dauer bestehen und den eingeleiteten Konjunkturaufschwung nachhaltig nutzen. Hingegen sollte man mit dem geforderten Mindestlohn sehr vorsichtig sein, weil sonst die positiven Effekte gleich wieder gebremst oder gar umgekehrt werden können“, so Martin **Gleitsmann**, Leiter der sozialpolitischen Abteilung in der WKÖ, in einer **Aussendung**.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis



Jobs + Jobs + Jobs

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Training Officer

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

Training Officer

Grade AD 5, Reference: EASO/2017/TA/008

Bewerbungen sind bis zum 2. Mai möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

EUROJUST sucht ICT Support Officer

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris/Frankreich sucht:

Communication Officer

Temporary Agent - AST 3, Reference: 17/EJ/03

Bewerbungen sind bis zum 5. Mai möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

Veranstaltungen

Kreativwirtschaft Austria lädt am 25. April in Brüssel ein



Europas Wohlstand von morgen wird maßgeblich von der erfolgreichen Verlinkung kreativer Industrien mit traditionellen Wertschöpfungsketten abhängen, da genau solche Wechselwirkungen den globalen Wettbewerbsvorsprung Europas definieren werden.

Innovation wird maßgeblich durch neue Ideen und Methoden geschaffen – diese sind es, die zu mehr Wachstum führen und neue Arbeitsplätze schaffen, indem sie neue Geschäftsideen aufzeigen und neue Märkte öffnen.

In diesem Prozess steht die **Kreativwirtschaft Austria (KAT)** innovativen Unternehmen zur Seite und stellt sie am 25. April in Brüssel ins Rampenlicht, darunter **Swarovski**, die **Werkstätte Wattens**, „**Die Koje**“, **Kommunikationsagentur Nicole Herb**, **Cristallo** und **Hartinger Consulting**, die anhand von showcases ihre Ideen vorstellen. Hierzu lädt die **Kreativwirtschaft Austria** unter dem Motto „**Creative Industries:**

The Next Phase“ in die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union ein, Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel. Eine Anmeldung ist **online** bis 14. April möglich.

Die Kreativwirtschaft Austria nimmt als Plattform die Interessen der österreichischen Kreativwirtschaft wahr – sowohl national, auf europäischer Ebene als auch international – und ist eingebettet in die Wirtschaftskammer Österreich. Sie setzt sich für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

Geplant / Voraussichtliche Themen der 2208. Sitzung am 12. April 2017:

Bericht zur Umverteilung und Neuansiedelung von Asylwerbern

Fortschrittsbericht zur Sicherheitsunion

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

10. April **Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

Festlegung eines EU-weiten Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen

10.-11. April **Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

Aussprache mit den TEN-V-Koordinatoren Péter Balázs, Karla Peijs und Brian Simpson zu dem Thema „Enabling multi-modality and efficient freight logistics“ (Möglichkeiten für Multimodalität und effiziente Güterlogistik)

10.-11. April **Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Europäische Nachhaltigkeitspolitik

Initiative für Ressourceneffizienz: Verringerung der Verschwendung von Lebensmitteln, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit

Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen

11. April **Ausschuss für konstitutionelle Fragen**

Legitime Maßnahmen zum Schutz interner Hinweisgeber, die im öffentlichen Interesse handeln, wenn sie die vertraulichen Informationen von Unternehmen und öffentlichen Stellen offenlegen

11. April **Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Entwicklungsausschuss, Haushaltsausschuss**

Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds

11.-12. April **Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres**

Anhörung zum Thema „Die vorgeschlagenen Regelungen für die Achtung der Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation in der EU“

11.-12. April **Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten**

Sozialschutz und der Vorschlag der Kommission zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Legitime Maßnahmen zum Schutz interner Hinweisgeber, die im öffentlichen Interesse handeln, wenn sie die vertraulichen Informationen von Unternehmen und öffentlichen Stellen offenlegen

Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzelpersonendaten aus Stichprobenerhebungen

Inhaltsverzeichnis

11.-12. April

Rechtsausschuss

Dreidimensionaler Druck, eine Herausforderung in den Bereichen Rechte des geistigen Eigentums und Haftpflicht

Umsetzung der Umwelthaftungsrichtlinie: weiteres Vorgehen

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Auslegung und Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung

11.-12. April

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Festlegung von Regeln für die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt der CE-gekennzeichneten Düngemittel

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

In der Zeit vom 10. bis 21. April 2017 sind Gerichtsferien.
Es finden keine Verhandlungen statt.

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Besteuerung

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer
02.03.2017 - 31.05.2017

Bildung

Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 - 31.05.2017

Binnenmarkt

EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen
01.03.2017 - 31.05.2017

Energie

Consultation on the list of proposed projects of common interest in energy infrastructure - Additional projects in oil and smart grids
03.04.2017 - 26.06.2017

Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur
27.03.2017 - 26.06.2017

Entwicklung

Öffentliche Konsultation über die Außenfinanzierungsinstrumente der Europäischen Union
07.02.2017 - 03.05.2017

Finanzdienstleistungen

Public consultation on the operations of the European Supervisory Authorities
21.03.2017 - 16.05.2017

Public consultation on FinTech: a more competitive and innovative European financial sector
23.03.2017 - 15.06.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen - Bewertung von Öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (Artikel 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 - 30.04.2017

Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020
09.01.2017 - 10.04.2017

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln
01.03.2017 - 24.05.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)
18.01.2017 - 12.04.2017

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Kultur

Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"
23.01.2017 - 16.04.2017

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission
27.01.2017 - 28.04.2017

Steuern

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer
02.03.2017 - 31.05.2017

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“
03.03.2017 - 29.05.2017

Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben
20.01.2017 - 14.04.2017

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden
10.01.2017 - 26.04.2017

Verbraucherschutz

Konsultation zur Bewertung der Verordnung 258/2012 über die Regelung und Genehmigung der Aus-, Ein- und Durchfuhr von Feuerwaffen sowie deren Teilen und Komponenten
01.03.2017 - 24.05.2017

Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 - 23.04.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation - Bewertung des Europäischen Zollinventars chemischer Substanzen (ECICS)
14.03.2017 - 06.06.2017

Inhaltsverzeichnis

